Stadt Kamen **Niederschrift**

Rat

über die
5. Sitzung des Rates
am Donnerstag, dem 04.11.2010
in der Stadthalle

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:25 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD
Herr Thomas Blaschke
Frau Britta Dreher
Frau Marion Dyduch
Herr Joachim Eckardt
Herr Kaya Gercek
Frau Astrid Gube
Frau Petra Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller
Herr Heinrich Rickwärtz-Naujokat
Herr Silvester Runde
Herr Udo Theimann
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann
Frau Nicola Zühlke

CDU
Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann

Frau Rosemarie Gerdes
Herr Reinhard Hasler
Herr Wilhelm Kemna
Herr Heinrich Kissing
Frau Susanne Middendorf
Frau Ina Scharrenbach
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Alexandra Möller
Herr Adrian Mork
Frau Bettina Werning

FDP
Frau Heike Schaumann
Herr Martin Wiegelmann

DIE LINKE / GAL
Herr Klaus-Dieter Grosch
Frau Gabriele Lenkenhoff

fraktionslos
Herr Dieter Kloß

Ortsvorsteher
Herr Heinz Henning
Herr Gustav-Adolf Kersten
Herr Hans-Jürgen Senne

Entschuldigt fehlten
Herr Cetin Bahcekapili

Vertreter der Verwaltung
Herr Reiner Brüggemann
Frau Sabrina Conrad
Herr Uwe Liedtke
Herr Jörg Mösgen
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ronald Sostmann
Herr Ralf Tost

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Umbesetzung von Ausschüssen hier: Antrag der Fraktion Die Linke / GAL	
2	1. Änderungssatzung zur Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheidungen	090/2010
3	Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen	094/2010
4	Feststellung Jahresabschluss 2009	098/2010
5	Organisationsform des Fachbereiches 70 Servicebetriebe hier: Mitteilung der Verwaltung	
6	Einbringung Haushaltssatzung und Produkthaushalt für das Jahr 2011	
7	Einbringung Stellenplan für das Jahr 2011	
8	Einwohnerfragestunde	
9	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Umbesetzung von Ausschüssen
hier: Antrag der Fraktion Die Linke / GAL

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung von Ausschüssen:

Kulturausschuss

Stellvertrendes Mitglied

Bisher:	Neu:
Wolfgang Finke	Andreas Meier

Behindertenbeirat

stellvertretendes beratendes Mitglied

Bisher:	Neu:
Wolfgang Finke	Werner Bucek

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.
090/2010 1. Änderungssatzung zur Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheidungen

Beschluss:

Der von der Verwaltung vorgelegten Änderungssatzung zur Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheidungen vom 26.April 2005 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.
094/2010 Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen

Frau **Dyduch** begrüßte die Zusammenarbeit aller Beteiligten zur Neuterminierung der verkaufsoffenen Sonntage in Kamen. Sie hob positiv hervor, dass es auch im nächsten Jahr bei zwei Terminen für den verkaufsoffenen Sonntag bleibe. Die Trennung der Termine in den Bereichen Innenstadt und Zollpost halte sie für sinnvoll. Sie wies auf die einvernehmliche Verabredung in Kamen hin, an den Sonntagen keine Auszubildenden einzusetzen. Eine erneute Diskussion über die Terminierung für das Jahr 2012 sei notwendig. Die SPD-Fraktion werde dieser Vorlage zustimmen.

Prinzipiell spreche nichts gegen zwei verkaufsoffene Sonntage, so Herr **Kühnapfel**. Allerdings bestünden erhebliche Bedenken bei den ausgesuchten Terminen. Der Termin am Muttertag sei bereits in der Vergangenheit kritisch bewertet worden. Den zweiten Termin auf den 4. Advent zu legen, werde abgelehnt. Dabei verwies er auf die zusätzliche Belastung für die Beschäftigten während des Weihnachtsgeschäftes und der anschließenden Inventur im Januar. Die Gewerkschaften und die Kirchen seien ebenfalls gegen den Adventstermin.
Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen werde der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Bürgermeister **Hupe** zeigte auf, dass die Muttertagsproblematik bereits diskutiert worden sei und es ab 2012 diesbezüglich eine Neuregelung geben werden. Es bestehe bereits Konsens darüber, dass ein Termin im April stattfinden solle.
Bezogen auf das Argument der zusätzlichen Belastung durch die Inventuren nach dem Weihnachtsgeschäft, wandte er ein, dass diese heute durch geeignete ADV-Systeme viel schneller abgearbeitet werden könnten als in der Vergangenheit.
Von Seiten der Kirchen habe es während der Gespräche keinen Widerspruch gegen den Termin am Adventssonntag gegeben. Es sei von dort nur der Wunsch geäußert worden, den Totensonntag bei der Terminierung außen vor zulassen. Die Forderungen der Kamener Kaufleute betrachte er, besonders mit Blick auf die Bedeutung des Weihnachtsgeschäftes, als bescheiden und maßvoll.

Herr **Kissing** sah in der Regelung für Kamen ebenfalls eine maßvolle Entscheidung im Vergleich zu anderen Städten. Wichtig sei, dass es zur Neuterminierung einen Dialog verschiedener Gruppen gegeben habe, der in einen überwiegenden Konsens gemündet sei. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Frau **Schaumann** erklärte die Zustimmung der FDP-Fraktion. Die Fraktion hätte sich gewünscht, an dem Termin während des Severinsmarktes festzuhalten und den 4. Advent als zusätzlichen Termin hinzuzufügen.

Herr **Hupe** entgegnete, dass ein Konsens mit mehr als zwei verkaufsoffenen Sonntagen nicht zu erzielen sei. Zudem sei es der ausdrückliche Wunsch der Kaufleute gewesen, einen Termin nicht mehr gemeinsam mit dem Severinsmarkt stattfinden zu lassen.

Die Fraktion Die Linke / GAL werde der Vorlage nicht zustimmen, so Frau **Lenkenhoff**. Sie kritisierte, dass allein der Umsatz im Vordergrund stehe. Der Sonntag müsse Ruhetag sein und den Beschäftigten Zeit zur Erholung bieten. Ebenso beklagte sie, dass einer der Termine auch im Jahr 2011 wieder am Muttertag geplant sei. Zum neuen Termin am 4. Advent wandte sie unter Konkurrenzgesichtspunkten ein, dass dieser Termin von vielen anderen Städten für einen verkaufsoffenen Sonntag gewählt werde.
Im Gegensatz zu den Kaufleuten, sei für die Kirmesbeschicker ein verkaufsoffener Sonntag während des Severinmarktes attraktiv. Sie befürchte, dass die Neuterminierung Abwanderungen der Kirmesbeschicker zur Folge haben könnte. Daher hoffe sie auf ein neues Konzept für das Jahr 2012.

Herr **Ebbinghaus** drückte sein Verständnis für die Argumente gegen einen verkaufsoffenen Sonntag aus. Er persönlich vertrete die Meinung, dass verkaufsoffene Sonntage komplett verzichtbar seien. Der Trend gehe aber leider zu längeren Öffnungszeiten und verkaufsoffenen Sonntagen. Leidtragende seien die Beschäftigten. Er stellte klar, dass die Terminverschiebung von der Severinskirmes zum 4. Advent eine Mehrheitsentscheidung der KIG gewesen sei.

Die Gewerkschaften und die Kirchen hätten die Zustimmung nur unter Protest erteilt, und auf die zusätzliche Belastung der Beschäftigten hingewiesen, ergänzte Frau **Lenkenhoff**.

Herr **Hupe** machte deutlich, dass Bedenken der Gewerkschaft während des Prozesses der Neuterminierung und nicht im Nachhinein hätten geäußert werden müssen.

Herr **Ebbinghaus** versicherte, dass die KIK die Gewerkschaften immer in die Gespräche mit einbezogen habe und bislang jedes Mal Kompromisse gefunden worden seien. Er verwies auf die Verhältnisse in anderen Städten, die in der Regel mehr als zwei verkaufsoffene Sonntage hätten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die vorgelegte „Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen“, gleichzeitig tritt die „Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass“ vom 28.04.2006 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis: bei 6 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 4.
098/2010 Feststellung Jahresabschluss 2009

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss 2009 wird einschließlich des Lageberichtes festgestellt.

2. Der Jahresfehlbetrag 2009 in Höhe von 13.976.280,12 Euro wird durch eine Entnahme in Höhe von 13.976.280,12 Euro aus der Allgemeinen Rücklage ausgeglichen.

3. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2009 uneingeschränkt Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

Organisationsform des Fachbereiches 70 Servicebetriebe
hier: Mitteilung der Verwaltung

Einleitend machte Herr **Hupe** deutlich, dass bei einer Prüfung zur Errichtung eines Eigenbetriebes für den Bereich der Servicebetriebe – Fachbereich 70 –, unter Einbeziehung der Friedhöfe und des öffentlichen Grüns, zwischen der Situation vor und nach Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmangements (NKF) unterschieden werden müsse. Er verdeutlichte dies am Beispiel der Stadtentwässerung. Die Gründung des Eigenbetriebes Stadtentwässerung habe aufgrund der Darstellungsmöglichkeiten der Doppik sowie der Möglichkeit zur Schuldenausgliederung positive Effekte auf den städtischen Haushalt gehabt.
Eine nachhaltige Änderung dieser Situation habe mittlerweile die Einführung des NKFs und damit die Herstellung einer größeren Transparenz im Haushalt mit sich gebracht. Das NKF umfasse die Vorteile der kaufmännischen Regelungen auch bei den Eigenbetrieben.
Bezogen auf die Transparenz sei mit der Kosten- und Leistungsrechnung eine immer detailliertere Darstellung der einzelnen Bereiche insbesondere bei den Gebührenhaushalten unter Berücksichtigung der vorhandenen Querschnittsverbindungen zu anderen Bereichen möglich. Eine größere Flexibilität von Eigenbetrieben bei Vergaben sei nicht gegeben, da die gleichen Vergaberechtsbestimmungen Anwendung fänden und es im Binnenbereich keine schnelleren Entscheidungswege gebe.
Die Vorteile, die noch zur Gründung des Eigenbetriebes Stadtentwässerung geführt haben, seien heute durch NKF kompensiert worden.
Zur Vervollständigung verwies Herr Hupe noch auf den formalen Aufwand, der mit der Bildung eines Eigenbetriebes einhergehe. Hierzu zählte er beispielsweise die Einrichtung eines zusätzlichen Ausschusses, und die Einführung einer Betriebsleitung auf. Zudem würden zusätzliche Kosten für Sitzungsgelder und Prüfungskosten entstehen. Im Ergebnis ergäben sich keine organisatorischen oder wirtschaftlichen Vorteile.
Fraglich sei, ob die Bildung eines Eigenbetriebes kalkulatorische Relevanz habe, da lediglich eine neue Einheit innerhalb der Verwaltung gebildet werde. Es würden die gleichen wirtschaftlichen Prinzipien angewendet werden.

Nach intensiver Diskussion und Auswertung der Prüfergebnisse, sei die Verwaltung zu dem Fazit gelangt, dass die Gründung eines Eigenbetriebes für den jetzigen Fachbereich Servicebetriebe nicht lohnenswert sei.

Frau **Scharrenbach** dankte dem Bürgermeister für seinen ausführlichen Bericht. Sie könne allerdings die angesprochene Transparenz in der Rechnungslegung nicht erkennen. Es werde nicht deutlich, wo welche Leistungen wie erwirtschaftet und welche Aufwendungen getätigt würden, da der Fachbereich Servicebetriebe über mehrere Produkte verteilt sei. Eine Voraussetzung zur Gründung eines Eigenbetriebes sei die Bereitschaft Strukturen ändern zu wollen. Am Beispiel von Nachbarkommunen sah sie bestätigt, dass die Gründung von Eigenbetrieben zu einer größeren Effizienz in der Leistungserbringung führen könne. Sie halte es für fraglich, dies mit den jetzigen Strukturen zu erreichen.

Herr **Hupe** informierte, dass sich der Trend in den Nachbarkommunen eher gegenläufig entwickele, weg von den Eigenbetrieben. Mit dem Thema bessere Transparenz der Kalkulationen und der Darstellung sei die Verwaltung aktuell befasst. Zur Bereitschaft von Strukturveränderungen in der Verwaltung stellte er heraus, dass es in vielfältigen Bereichen der Verwaltung Änderungen gegeben habe. Dabei verwies er exemplarisch auf die durchgeführten Veränderungen seit 1995. Als aktuelle Beispiele führte er die neue Dezernatsstruktur aus diesem Jahr sowie den Stellenplan auf.

Frau **Dyduch** bewertete die damalige Entscheidung zur Gründung eines Eigenbetriebes Stadtentwässerung positiv und lobte die gute und wirtschaftliche Arbeit. Zur Frage der Effizienzsteigerung verwies sie auf die Zwänge des Haushaltssicherungskonzeptes, die u.a. auch die Grünpflege und das Gebäudemanagement betreffen würden.

Abschließend betonte Herr **Hupe**, dass die Verwaltung immer offen für Verwaltungsprozess- und Strukturveränderungen sei.

Zu TOP 6.

Einbringung Haushaltssatzung und Produkthaushalt für das Jahr 2011

Einleitend stellte Herr **Mösgen** fest, dass die Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes für das Jahr 2010 für alle Beteiligten neu gewesen sei. Da das Haushaltssicherungskonzept nicht genehmigt worden sei, habe man im Sinne einer vorläufigen Haushaltsführung nach § 82 Gemeindeordnung NRW wirtschaften müssen.
Ein Problem sei unabhängig von der Wirtschafts- und Finanzkrise in der strukturellen Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden besonders des Kreises Unna zu sehen.
Intensive Planungsprozesse und ein strikter Sparkurs seien die Grundlage für die Aufstellung des Produkthaushaltes 2011 gewesen. Dabei sei versucht worden, den Kamener Bürgern ein Höchstmaß an Lebensqualität zu erhalten.

Den Haushaltsplanentwurf stellte er mit Unterstützung einer Präsentation dar *(die Präsentation ist als Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem hinterlegt)*.
Die Ergebnisprognose für den Haushalt 2010 stelle sich deutlich günstiger dar als erwartet. Die Fortführung der Konsolidierungspolitik im Rahmen der Haushaltssicherung sei erfolgreich gewesen. Alle Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2010 seien umgesetzt worden. Die ursprüngliche Planung vor Erstellung des Haushaltssicherungskonzeptes habe für 2010 einen Fehlbetrag i.H.v. über 29 Mio. Euro ausgewiesen. Mit Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes konnte der Fehlbetrag auf fast 23 Mio. Euro gesenkt werden.
Nach der aktuellen Prognose zum 31.12.2010 könne die Planung voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von 22,7 Mio. Euro noch unterboten werden. Diese Prognose berücksichtige noch nicht die mögliche Ergebnisverbesserung durch die Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes und durch das Urteil zur Wohngeldentlastung. Dadurch könne das Ergebnis wahrscheinlich noch um ca. 2 Mio. Euro verbessert werden.
Trotz eines verbleibenden erheblichen Fehlbetrages ist es positiv zu werten, dass das prognostizierte Defizit entgegen der ursprünglichen Planung voraussichtlich 9 Mio. Euro geringer ausfallen werde.
Herr Mösgen führte aus, dass die Aufstellung des Produktplanes für 2011 durch eine Vielzahl von Unbekannten, wie der nicht aktuellen Steuerschätzung und einer fehlenden Proberechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz für das Jahr 2011, bestimmt werde. Die Umlagegrundlage für den Landschaftsverband und den Kreis werde voraussichtlich erst im Frühjahr 2011 vorliegen. Zudem seien die Konsolidierungserfolge des Kreises mittels eines externen Beratungsunternehmens sowie die Ergebnisse aus dem Belastungsausgleichverfahren noch nicht bestimmbar.
Nach den aktuellen Planungen weise der Ergebnisplan für das Jahr 2011 einen Fehlbetrag i.H.v. 18,5 Mio. Euro aus.
Auf der Ertragsseite zeichne sich bei der Gewerbesteuer ein moderater Anstieg auf 11 Mio. Euro ab. In den Folgejahren werde eine Steigerungsrate von jährlich 500.000 Euro angenommen. Die Schlüsselzuweisungen würden im Vergleich zum Jahr 2010 deutlich höher ausfallen. Der Anteil an der Einkommenssteuer werde nach einem Rückgang im Jahr 2011 wahrscheinlich erst im Jahr 2012 wieder leicht ansteigen.
Zu den Aufwendungen berichtete er, dass die Kreisumlage mit einem Volumen von 24,4 Mio. Euro die größte Position darstelle. Damit entspreche sie dem Gesamtsteueraufkommen aus Gewerbe- und Einkommenssteuer. Auffällig sei der starke Anstieg der Kosten im Sozialbereich. Beispielsweise nannte er die Mehraufwendungen von 1,255 Mio. Euro im Bereich der Jugendhilfe.
Ein wachsender Kreditbedarf sei nicht zu vermeiden. Insgesamt sei ein Gesamtvolumen an Liquiditätskrediten von 58 Mio. Euro und an Darlehen für investive Zwecke von 49 Mio. Euro zu erwarten. Investitionen könnten mit Blick auf das Haushaltssicherungskonzept nur noch in beschränkten Umfang erfolgen.
Als Fazit bleibe festzustellen, dass ein Haushaltsausgleich nicht möglich sei, und daher die Pflicht zur Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes bestehe, welches der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werde. Es sei bereits heute absehbar, dass die Aufsichtsbehörde die Genehmigung voraussichtlich nicht erteilen werde. Er stellte heraus, dass trotz der vorliegenden Haushaltslage in Kamen, im Gegensatz zu anderen Kommunen, noch keine Überschuldung des Haushaltes vorliege.
Zu den investiven Maßnahmen berichtete Herr Mösgen, dass es Dank der Intervention des Bürgermeisters bei der Bezirksregierung möglich gewesen

sei, die Finanzierung der im Jahr 2009 begonnen Maßnahmen zu gewährleisten. Im weiteren ging er kurz auf die „Dringlichkeitsliste B“ mit den sogenannten unrentierlichen Maßnahmen ein, dabei hob er die Maßnahmen, die mit Zuschüssen gefördert würden, hervor. Im Ergebnis sei festzustellen, dass die Summe, die zur Finanzierung aller Investitionsvorhaben erforderlich sei, die zur Verfügung stehenden Mittel deutlich überschreite.
Abschließend referierte Herr Mösgen zu der Entwicklung der Gebührenhaushalte. Leichte Erhöhungen der Gebühren seien für die Bereiche Rettungsdienst (Erhöhung um 2,3 %) und Märkte (Erhöhung um 1,9 %) angedacht. Die Gebühren im Bereich Straßenreinigung müssten, ausgelöst durch den erheblichen Mehraufwand beim Winterdienst 2009, um 19 % angehoben werden. Dies würde für ein Einfamilienhaus mit einer Grundstückslänge von 25 m beispielsweise eine Mehrbelastung i.H.v. 12 Euro im Jahr bedeuten. Es sei zu berücksichtigen, dass die letzte Gebührenerhöhung zum 01.01.2008 stattgefunden habe.
Die Abfallbeseitigung werde sich um 3,2 % verteuern. Dies sei eine Erhöhung von 5 Euro je Restmülltonne und 3 Euro je Biotonne (jeweils bei 80 l).
Die Gebühren im Bestattungswesen würden um 6,7 % ansteigen. Auch hier seien die Gebühren letztmalig zum 01.01.2008 erhöht worden.

Zu TOP 7.

Einbringung Stellenplan für das Jahr 2011

Herr Bürgermeister **Hupe** führte aus, dass es das erklärte Ziel sei, im Zeitraum des Haushaltssicherungskonzeptes 29 Stellen einzusparen. Er bat zu beachten, dass im Zeitraum 1995 bis heute 115 eingespart worden seien, 47 Stellen davon im Zeitraum 2002 bis heute.
Im Vergleich zum Jahr 2010 sei geplant, die Stellen im Bereich der Beamten von 134 auf 131 Stellen und im Bereich der tariflich Beschäftigten von 305 auf 298 Stellen zu reduzieren. Der eigentlichen Einsparung von 15 Stellen stehe eine notwendige Erweiterung von insgesamt 5 Stellen in den Bereichen Finanz Service, Feuerwehr, Pflegekinderdienst, Tagespflege und Schulverwaltung gegenüber. Tatsächlich würden somit 10 Stellen eingespart. Die Stelle im Fachbereich Finanz Service sei bereits zum Ende diesen Jahres besetzt worden.
Der Bruttoaufwand der Personalaufwendungen für das Jahr 2011 betrage 23,4 Mio. Euro inklusive der Versorgungsaufwendungen. Die Nettoaufwendungen betrügen dagegen 16,74 Mio. Euro und fielen somit deutlich geringer aus. Die Gründe seien in dem gebührenfinanzierten Personal, der Kofinanzierung der Servicekräfte sowie der Mitarbeiter im Grünflächenbereich durch die ARGE und der Refinanzierung der städtischen Mitarbeiter in der ARGE zu finden.
Bei der Planung seien die zu erwartenden Besoldungserhöhungen und die bereits festgelegten tariflichen Erhöhungen berücksichtigt.
Der Bürgermeister hob hervor, dass die unterschiedliche Berücksichtigung der Interessen der tariflich Beschäftigten und der Beamten nachdenklich stimme. Während Höhergruppierungen bei tariflich Beschäftigten möglich und nach erfolgter Bewertung auch durch den Tarifvertrag zwingend festgelegt seien, seien Beförderungen von Beamten während der ersten zwei Jahre im Nothaushalt ausgeschlossen. Besonders Beamte des mittleren Dienstes seien durch diese Regelung betroffen. Eine Folge, speziell im Bereich der Feuerwehr, könnten Personalabwanderungen zu anderen Kommunen sein. Diesbezüglich hoffe er noch auf Signale der Landesregierung, Regelungen für Kommunen im Nothaushalt herbeizuführen, hin zu mehr Personalentwicklungsgerechtigkeit.

Mit großem Bedauern teilte er mit, dass auch im Jahr 2011 keine neuen Ausbildungsstellen im Bereich der Verwaltungsberufe besetzt werden könnten. Er hoffe, dass für das Jahr 2012 wieder Ausbildungsstellen ausgeschrieben werden könnten. Gegen eine Ausbildung über den eigenen Bedarf hinaus spreche jedoch, dass besonders die verwaltungsspezifische Ausbildung außerhalb der Verwaltung die Arbeitsplatzsuche schwierig gestalte.
Praktikantenplätze würden auch in 2011 wieder zur Verfügung gestellt. Dabei betonte er die Bedeutung der Qualifizierung durch Praktika für die Erreichung qualifizierter Schul- und Berufsabschlüsse.
Abschließend fasste der Bürgermeister zusammen, dass der Stellenplan auf Aufgabenkontinuität setze und den Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes genüge. Er brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Situation mit Unterstützung der Landesregierung für die jungen Beamtinnen und Beamten sowie im Ausbildungsbereich trotz Nothaushalt verbessert werden könne.

Zu TOP 8.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 9.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

9.1 Mitteilungen

9.1.1 Herr **Hupe** gab einen Überblick über den aktuellen Diskussionsstand zur Weiterleitung von verunreinigtem Wasser durch das Pumpwerk Unna-Massen in das Kanalsystem der Stadt Kamen. Details würden im Betriebsausschuss erörtert werden.
Er berichtete, dass ein geordnetes Verfahren zur Finanzierung und Entsorgung wahrscheinlich werde. In einem Gutachten sei festgestellt worden, dass die in die Körne eingeleiteten Wässer an keiner Stelle die Grenzwerte überschreiten würden.

9.1.2 Bezogen auf die Anfrage in der letzten Ratssitzung zur Ausstellung „Mensch und Fluss“ im hiesigen Museum, informierte Herr **Hupe**, dass die Ausstellung über die an die Bürozeiten angelehnten Öffnungszeiten hinaus, Freitags bis 17.00 Uhr sowie Samstags und Sonntags von 11.00 bis 17.00 Uhr geöffnet sei. Während der Bürozeiten werde die Betreuung durch das städtische Personal, außerhalb der Bürozeiten durch Ehrenamtliche des Fördervereins und Schüler der weiterführenden Schulen, die über 18 Jahre alt und zuvor entsprechend geschult worden seien, sichergestellt.

9.2 Anfragen

9.2.1 Frau **Scharrenbach** erkundigte sich nach Neuigkeiten in Sachen ehemaliges Hertie-Gebäude.

Aktuell gebe es keine Neuigkeiten, so Herr **Hupe**. Nach seinem Kenntnisstand, werde mit einer Unterzeichnung der Verträge für die Neunutzung im November gerechnet, da bei einem wesentlichen Vertragsbestandteil wohl eine Annäherung der Parteien stattgefunden habe. Da der Einigungsprozess sich schon so lange hinziehe, bliebe ein gewisses Maß an Skepsis.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen lagen nicht vor. Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Tost
Schriftführer